

Alle Klarheiten beseitigt

Dürftige Erklärungsversuche eines Staatsrats

■ (gd) WILHELMSBURG. Zahlreiche Mitglieder des Vereins „Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.“ hatten sich im Foyer des Bürgerhauses versammelt und demonstrierten gegen den geplanten Bau einer neuen Autobahn, die als Ausweichtasse bei einem Rückbau der Wilhelmsburger Reichstraße neuerdings im Gespräch ist. Mit Schildern, auf denen „Lieber Herr Hellweg, Hände weg von diesem Schnellweg“ und ähnliche Parolen zu lesen waren, wurde sehr schnell klar, dass es heute um mehr geht, als nur leere Phrasen zu dreschen.

von Gerhard Demitz

Die Gedanken waren in den Gesichtern der Zuhörer abzulesen, als zu Beginn in dem vollkommen überfüllten Raum der Staatsrat davon sprach, dass sich die gesamte Planung bezüglich einer neuen Trasse, sei sie nun als Autobahn oder Bundesstraße ausgelegt, noch in einem recht frühen Stadium befände. Auch hänge alles mit der Planung der IBA und igs 2013 zusammen. Und schließlich wären die Gespräche mit dem Bund auch noch nicht abgeschlossen. Auf jeden Fall würde die neue zu errichtende Trasse in ihrer Funktion bei einem Rückbau der Wilhelmsburger Reichstraße diese 1:1 ersetzen. Winters räumte zwar ein, dass es bei der neuen Trasse eine Verbreiterung um einen zusätzli-

Schlechter konnte man kaum vorbereitet sein, wie Staatsrat Dr. Stephan H. Winters, der sich am vergangenen Dienstag im Wilhelmsburger Bürgerhaus den knallharten Fragen mehrerer Zuhörer stellen musste. Schon vor Beginn der 24. Sitzung des IBA-Beteiligungsgremiums war abzusehen, dass es an diesem Tag nicht bei der geplanten Tagesordnung bleiben würde.

der Reichstraße ohne Ersatz wäre beim Bund auch nicht durchsetzbar. Nach diesem Statement des Staatsrates hatten die Zuhörer das Wort. Und erst jetzt wurde eigentlich erst deutlich, wo den Wilhelmsburgern der Schuh drückt. Noch im letzten Jahr hatte der IBA-Geschäftsführer



Mit ihren Schildern demonstrierten die Autobahngegner schon im Foyer des Bürgerhauses gegen die Pläne der BSU.



Mit dürftigen Erklärungsversuchen bemühte sich Staatsrat Winters aus der Affäre zu ziehen.

chen Standstreifen geben werde und auch die einzelnen Fahrspuren breiter wären, da man nach modernen Maßstäben bauen muss, aber deshalb kann nicht von vornherein die Re-

de von einer Autobahn sein. Doch selbst wenn, dann wären die Unterschiede zwischen Autobahn und Bundesstraße durch ein generelles Tempolimit auf 80 km/h nur recht gering. Schließlich versuchte der Staatsrat schon im Vorwege den gespannt lauschenden Zuhörern den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er sagte, bisher sei die Planung einer Autobahn „nur eine Arbeitshypothese“. Gäbe es bessere Szenarien, würden diese angenommen, sind aber bisher nicht in Sicht. Ein Rückbau

rer Uli Hellweg von sich gegeben, ein Rückbau der Wilhelmsburger Reichstraße sei unter anderem aus finanziellen Gründen vollkommen ausgeschlossen. Im März dieses Jahres war dann plötzlich von einer sogenannten Ringlösung mit Nord-Süd-Tangente und Hafenuerspanne die Rede, die auch in weiten Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung traf. Nun hingegen ist die Ringlösung nach Ansicht der Planer auch nicht mehr der Weisheit letzter Schluss.

Fortsetzung auf Seite 3

Alle Klarheiten beseitigt

Dürftige Erklärungsversuche eines Staatsrats

Fortsetzung Seite 3

Jetzt soll es nach ständig wechselnder Meinung der Experten die beste Lösung sein, eine autobahnähnliche Ausweichstrecke auf der stillgelegten östlichen Bahntrasse zu errichten. Kein Wunder, dass da so mancher Zuhörer seinem Unmut Luft machte.

Zu diesen Verkehrsexperten kann er schon lange kein Vertrauen mehr haben, gab Manuel Humburg vom Verein Zukunft Elbinsel zu verstehen. Zu viele Ungereimtheiten und widersprüchliche Aussagen habe er in der letzten Zeit gehört. Noch deutlicher Worte fand der SPD-Abgeordnete Metin Hakverdi, der es als eine „Frechheit“ bezeichnete, was der Staatsrat als Argumentation von sich gäbe. Es sei eine wesentliche Verschleierung von Tatsachen, durch die den Wilhelmsburger Bürgern die wahren Hintergründe vorenthalten werden. Wörtlich sagte er: „Ich bin enttäuscht, weil ich

halt, was letztendlich bedeutet, der Senat muss selber in seine ohnehin schon leeren Kassen greifen. Deshalb macht der SPD-Abgeordnete auch keinen Hehl daraus, dass „die IBA über den Tisch gezogen“ werde und nur als Mittel zum Zweck diene, um die Pläne der BSU und des Senats durchzusetzen.

Von welcher Seite man es auch betrachten mag, es mangelte nicht an Argumenten, die gegen den Bau einer weiteren Autobahntrasse sprechen. Während die eine Seite die Bündelung des Schienen- und Straßenverkehrs auf einer Trasse aus Lärmschutzgründen begrüßt, sieht die andere Seite den Bau einer 8 Meter hohen Lärmschutzmauer als wahres Übel an. Die Berliner Mauer betrug einmal rund 4 Meter, die chinesische Mauer beträgt immerhin schon 6 Meter – und die Wilhelmsburger Mauer... – nun gut, so weit ist es ja noch nicht.

Dann bleibt auch immer noch die



Dichtes Gedränge im Sitzungsraum war als ein Zeichen deutlichen Interesses zu verstehen.

Foto: Müntz

ihnen nichts mehr glauben kann. Wenn sie glaubwürdig wären, müssten sie uns erklären, warum damals nicht ging, was jetzt möglich sein soll. Die Konzepte müssen für die Bürger transparent werden“. Offenbar spielte Hakverdi darauf an, dass die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt mit dem Bau einer Autobahn den Bund zur Finanzierung heranziehen möchte. Für eine „Ringlösung“ gäbe es keinerlei Unterstützung aus dem Bundeshaus-

Frage offen, wer die Rechnung für die Mauer zahlen soll. Ob sich die Bahn an diesem Unterfangen beteiligt, ist nach Ansicht vieler anwesender Zuhörer noch mehr als fraglich. Fraglich bleibt überhaupt dieses ganze Thema einer neuen Autobahn. Sollte sie gebaut werden, müsste sie im Verkehrswegeplan des Bundes erfasst sein. Da dies aber nicht der Fall ist, streitet man hier vielleicht sogar um des Kaisers Bart.